

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bayreuth, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Bischofswerda und der Gemeindefürsorge des Bezirks. Dieses Blatt im Reg. Erscheint seit 1844.



Anzeigebblatt für Bischofswerda, Reuthen, Stolpen und Umgegend, wie für die angrenzenden Bezirke. — **Wöchentlich** Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntag-Unterhaltungsblatt. Fernsprecher Nr. 12.

Verkauf: Bischofswerda, Witz mit 11.

Verkauf: Witz mit 11.

Anzeigenpreis: Die Spalten Grundzelle (im Monat)

St. 138.

Donnerstag, den 17. Juni 1920.

74. Jahrgang.

Unfruchtbarer Parteihader.

Unsere ganzes politische Leben legt sich nachgerade aus Kräfte zusammen. Raum ist die eine überwunden, deren Macht schon die nächste auf, und jene Sensationspresse, die herumschlingt das Gras wachsen hört, serviert der stürmenden Welt zum Frühstück, Mittag und Abend die verschiedenartigsten Blätter, die meistens das eine gemeinsam haben, daß sie alle — falsch sind. Ruch das wirklich so sein, einmal in einer Zeit, wo wir nichts so sehr brauchen wie Ruhe, um endlich aus den ewigen Aufregungen herauszukommen und mit dem praktischen Wiederaufbau zu beginnen? Das Kennzeichen unserer Zeit ist der Mangel an Ehrfurcht vor unserer Tradition; heute sollen urplötzlich die Heilmittel, die uns nützen können, von auswärts bezogen werden, ohne Rücksicht darauf, ob die ganz anders geartete und noch dazu hart geschwächte Konstitution unseres Volkstörpers derartige Nuren überhaupt verträgt. Politik, jedenfalls die Politik, wie wir sie jetzt brauchen, ist schließlich kein Heilmittel, auch keine Sache des Hofens, sondern des Kopfs. Die Franzosen können sich vielleicht den Luxus leisten, von Monat zu Monat andere Parteien in einen Topf zu werfen und so die verschiedensten Mehrheitsgruppen zusammenzubringen, wir können das ganz gewiß nicht. Was uns abtut, ist in erster Linie Stetigkeit, damit das Wort nicht wieder einreißt, was das Gestein aufbauen wollte. Deshalb darf sich doch nachgerade einmal eine warnende Stimme zum Worte melden, die unsere Schlafsafragen nicht unter dem parteipolitischen, sondern nur unter dem deutschen Gesichtswinkel ansieht, selbst auf die Gefahr hin, damit bei einigen Parteibelligen anzustoßen. Was wir wollen, ist doch im Grunde bei allen dasselbe, und auch die Wege zum Ziel gehen nicht so weit auseinander, daß es sich deshalb lohnte über fernere Zukunftsfragen uneins zu werden.

Und das nächste Ziel ist doch nur dies: Die Vorbedingungen schaffen, um aus der tiefsten Tiefe unseres politischen und wirtschaftlichen Sturzes in stetiger, jahrelanger Arbeit wieder emporzuarbeiten. Harte Jahre stehen uns bevor; wir müssen, arm und reich, unsere Lebenshaltung zurückschrauben auf die bescheidenen Formen der Zeit nach dem Freiheitskriege. Wir sind in der Lage eines wohlhabenden Mannes, der sein ganzes Vermögen verloren hat und von vorn beginnen muß. Selbststürme und Klagen über Dinge, die nicht mehr zu ändern sind, haben in solchem Augenblick keinen Wert; sie schaffen kein Brot, sondern verbittern nur und schwächen die Arbeitskraft. Damit muß einmal Schluss gemacht werden, und jetzt, nachdem der Wahlkampf ausgefochten wurde, ist dazu der gegebene Augenblick. Wir armen Wähler haben doch nicht deshalb unsere Stimmzettel abgegeben, damit die Herren in Berlin sich herumstreiten, wie sie uns glücklich machen können. Wir wollen Laten sehen! Sonst möchte doch einmal die Stunde kommen, wo der Streit der Wähler einsteht und die entrüstete Ablehnung der Tagespolitik die notwendige Folge wäre. Der Reichstag aber wäre dann nicht mehr der Führer, sondern nur ein mehr oder weniger erwünschter Begleiter der Entwicklung. Diese Gefahr ist um so größer, als mit dem Reichswirtschaftsrat ein neuer Faktor in unserem öffentlichen Leben auftritt, der, wenn er sich wirklich zu einer Kammer der Arbeit ausbildet, der politischen Volksvertretung sehr rasch das Wasser abgraben kann, dessen sie zu einer ersprießlichen Tätigkeit bedarf. Wir alle legen ja geradezu danach, nichts mehr von den Krisen oder ähnlichen Sachen zu hören; wir wollen vorwärts und wer sich dazu zuerst aufrafft, der hat das Herz des Volkes gewonnen. Datum, Ihr Herren im Reichstag, legt Euch vor, daß Ihr die Gunst der Stunde nicht verpaßt. Des Volkes Schicksal ist in Eure Hand gegeben. Wir wollen Euch gern folgen, wenn Ihr uns führen wollt und könnt. Sonst geht die Entwicklung über Euch hinweg, und Ihr dürft später nur Euch selbst anklagen, wenn Ihr Euch eines Tages kalt gestellt findet, und nachdem es zu spät ist, merken müßt, daß der Weg nach oben im Bogen an Euch vorbeigegangen ist.

Ein beachtenswerter Vorschlag des Reichsbürgerrats zur Kabinettskrise

Berlin, 16. Juni. Der Präsident des Reichsbürgerrats, von Döschel, hat an den Reichspräsidenten zur Frage der Regierungsbildung ein längeres Schreiben gerichtet und den Vorschlag gemacht, ein Kabinetts aus geeigneten Vertretern der Arbeiter, des Mittelstandes, des Bauernstandes, von

Handel, Industrie und Landwirtschaft zu bilden. Aufgabe dieses Kabinetts müßte der Wiederaufbau des Vaterlandes, Behebung der finanziellen Krise, Abtragung der uns aufgewungenen Lasten, Wahrung von Ruhe und Ordnung und Kampf gegen jeden gewaltsamen Umsturz sein. Der Reichsbürgerrat würde mit seinen Verbänden entschlossen hinter den Reichspräsidenten treten, wenn er eine solche Regierung zu bilden suchte.

Die Bedingungen der Demokraten.

Berlin, 16. Juni. (Priv.-Tel.) Die Demokraten, die sich bisher gleich den Sozialdemokraten völlig ablehnend verhalten hatten, scheinen einzulernen und geben nunmehr ihre Bedingungen bekannt. Der Führer der deutschdemokratischen Partei Dr. Peterfen hat Dienstag nachmittag dem Abgeordneten Dr. Trimborn eine Erklärung über die Voraussetzungen überreicht, unter denen sich die deutsche demokratische Partei an der Kabinettsbildung beteiligen will. Als unerlässlicher Bestandteil dieses Programms werden in der Erklärung unter anderem folgende Punkte bezeichnet:

Vorbekanntgabe und unbedingte Anerkennung der Weimarer Verfassung, Ablehnung und Bekämpfung jeder monarchischen Agitation, Bekämpfung der Klassenherrschaft, Ablehnung jedes Klassen- und Rassenhasses, Befreiung der Arbeiter ohne parteipolitische Rücksichten mit Personen, die sich auf den Boden der Verfassung stellen, die aber gleichzeitig das Amt auszufüllen geeignet sind.

Klärung der Lage.

Berlin, 16. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Dem „Coblenzener“ zufolge hat sich die Lage etwas geklärt. Zur Erklärung Dr. Peterfens wird in diesem Blatte von angeblich hervorragender volksparteilicher Seite mitgeteilt, daß, was Peterfen ausspricht, sei von der Deutschen Volkspartei schon zu Beginn der Krise gefordert worden. Wenn man die Erklärung lese, habe man die Empfindung, daß auf die Reichskanzlerschaft Schillers hingearbeitet wird. Die Deutsche Volkspartei könne unter keinen Umständen dulden, daß die kleinste Partei im Reichstag den Reichskanzler stelle. Aber die Kanzlerschaft eines Zentrumsmanne lasse sich reden. Das Zentrum sei die stärkste bürgerliche Partei, stehe in der Mitte und habe ein Recht für sich, die Kanzlerschaft in Anspruch zu nehmen. Mit Herrn Fehrenbach sei die Deutsche Volkspartei einverstanden. Eine zwischen Herrn Trimborn und führenden Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei gestern abend stattgehabte Unterhandlung hatte, wie die „Kreuzzeitung“ schreibt, lediglich orientierenden Charakter. Die Aussprache des „Zentrums“, die gestern vormittag stattfand, wurde der „Germania“ zufolge noch nicht beendet. Sie soll heute nachmittag fortgesetzt werden. Das Zentrumsblatt meint, alles sei noch vollkommen in der Schwebe.

Sächsische Volkskammer.

SZ. Dresden, 16. Juni. Präsident Frähdorf eröffnet die Sitzung 1.10 Uhr. In die Tagesordnung eintretend erhält Abg. Roth (Dem.) das Wort zum Punkt 1, Entwurf eines Gesetzes zur Befolgung der Gemeindebeamten. Das Gesetz stellt die Befolgung der Gemeindebeamten der der Staatsbeamten gleich. Die Regierung möchte leistungsschwachen Gemeinden zur Ermäßigung der Gehaltszahlung an die Beamten mit Beihilfen unter die Arme greifen. Redner beantragt die Überweisung an den Haushaltsausschuß A. Abg. Böcher (D. Sp.) stimmt diesem Antrag zu, da an der Vorlage noch manches der eingehenden Beratung bedürfe. Abg. Schairch (Unabh.) stimmt der Vorlage namens seiner Fraktion zu. Abg. Dr. Wagner (Deutschnat. Sp.): Die Finanzlage der Gemeinden sei durch die Erbschaftsteuerpolitik ganz erheblich eingeschränkt worden. Reich, Staat und Gemeinden müßten ihre Mittel aus kleinen Quellen nehmen und so

sei es nur richtig, wenn auch die Empfänger von Gemeinde- und Staatsgehältern einander gleichgestellt werden. Redner stimmt der Überweisung an den Ausschuß zu. Demso Abg. Spindler (Soz.).

Die Kammer beschließt in diesem Sinne. Minister des Innern Kühn begründet sodann die Denkschrift über die künftige Gestaltung der Gemeindeverfassung. Der zur Vorbereitung des Werkes ausgegebene Fragebogen habe ein sehr starkes Interesse bei den Beteiligten gefunden; es seien allein 87 ausführliche schriftliche Antworten eingegangen. Wenn auch grundsätzlich alle bestehenden Gemeinden anerkannt würden, so scheint es doch im Interesse der Allgemeinheit zu liegen, kleine, leistungsschwache Gemeinden zusammenzulegen. Das Zweikammer-System wird besonders ausführlich behandelt. Das berufsmäßige Beamtentum habe sich im Gemeinwesen große Verdienste erworben. Die Denkschrift beschäftigt sich ferner mit dem Verwaltungs- und Polizeidienst, sowie mit der Ausgestaltung der Amtshauptmannschaften. Die Denkschrift lasse die Schwierigkeiten des Problems einer einheitlichen Gemeindeverfassung auf demokratischer Grundlage in vollem Umfange erkennen.

Abg. Nische (Soz.) geht eingehend auf die Entwicklung der Frage einheitlicher Gemeindeverfassung ein. Die Frage der Selbstverwaltung dürfe nicht in dem absoluten Sinne bejaht werden, daß sie nun auch da nicht angesetzt werden dürfe, wo die Entwicklung zu sogenannten Steuerrosen führe. Auf die Vorlage eigne sich das Wort: „Was für alle passen soll, paßt für keinen recht!“ Wenn man auch den jetzigen Zustand der sechs Arten Gemeindeverfassung beibehalten müsse, so sei es doch vielleicht praktischer statt der zwei Abstufungen der Denkschrift deren drei einzuführen. Wenn der Amtshauptmann gewählt werde, dann sei der Amtshauptmann nicht mehr wie bisher das Organ und die Stütze der Regierung, sondern er werde ein Mann in den Händen der Bezirksvertreter sein. Die Stellung der Regierung würde damit weiter geschwächt, vielleicht sei der Mittelweg gangbar, den Bezirksvertretungen das Vorschlagsrecht einzuräumen.

Abg. Benker (Deutschnat. Sp.): Die Denkschrift stelle eine erschöpfende Übersicht über allgemeine Fragen dar. Nur die Stellung der Regierung sei etwas sehr vorsichtig dargestellt. Sie erwarte viel von der Aussprache in der Volkskammer. Nun sei dies ein sterbendes Parlament. Die neue Gemeindeverfassung wird von neuen Männern gemacht werden, die sich nach den Wünschen der jetzigen Volkskammer nicht richten werden. Unsere jetzige aufgeregte Zeit sei auch wenig dazu angetan, neue umstürzende Änderungen auch auf dem Gebiet der Gemeindeverfassung zu schaffen. Die beste Gemeindeverfassung müße nichts, wenn die Gemeindefinanzen in Verfall sind. Eine Befundung der Gemeindefinanzen sei daher wichtiger als alle Verfassungsgeetze. Den Auffaugungsprozeß der kleinen Gemeinden durch die großen sollte man nicht ohne Grund beschleunigen. Es würden sonst bedeutende Werte vernichtet. Auch die Schaffung künstlicher Gemeinwesen durch Zusammenlegung kleinerer Gemeinden sei sorgsam zu behandeln. Die Verschmelzung von Borortsgemeinden, die bereits mit der Großstadt verwachsen sind, sei dagegen durchaus zu beschließen. Das Wahlrecht in den Gemeinden sollte an einjährigen Aufenthalt gebunden werden. In der Gemeindeverwaltung könne man weniger mit politischen Partei-Programmen arbeiten als mit praktischen Erfahrungen und Können. Deshalb sei auch die Drittel-Erneuerung der Kollegien vorzuziehen, aber auf die Wahl des Verwaltungssystems der Stadt sollte man keinen Zwang ausüben. Seine Partei sei für Beibehaltung des staatlichen Aufsichtsrechtes, vor allem im Finanzwesen. Die Güte eines Gemeinwesens sei weniger eine Folge der Verfassungsgeetze als der Tüchtigkeit der Männer, die an der Spitze der Gemeinde ständen. Hoffentlich bewährten sich die Männer, die jetzt bei den neuen Gesetzen an die Spitze kommen, so, wie die Männer von gestern und heute.

Abg. Dr. Roth (Dem.): Baustoffe zum Neubau unseres Gemeinwesens habe die Denkschrift in reichstem Maße gebracht; es frage sich nur, ob sich auch der Baumeister dazu finde. Bezüglich der Amtshauptleute sei es am zweckmäßigsten, sie als Organe der unteren Staatsverwaltungen bestehen zu lassen, den Bezirkskörperschaften aber das Vorschlagsrecht zu geben. Wenn zwei Gemeinden von sich aus eine Vereinigung wünschen, sollte man ihnen keine Hindernisse in den Weg legen. Die Notwendigkeit des staatlichen Aufsichtsrechtes könne niemand bestreiten, doch dürfe das Recht nicht zu Einschränkungen der Verwaltungstätigkeit füh-